

## FAHRPREISERHÖHUNG Neuer Angriff auf Löhne u. Gehälter

Die Freiburger Stadtbürokratie und die bürgerlichen Parteien (CDU, FWV, FDP, SPD) planen nun auch in Freiburg, wie schon in fast allen größeren Städten der BRD eine Erhöhung der Tarife im öffentlichen Nahverkehr um 20-30%. Für die Stadtbürokratie und die Parteien scheint dies abgemacht. Haushaltsplan für 1972 sind schon jetzt

2 Millionen DM Mehreinnahmen aus den Verkehrsbetrieben veranschlagt.

Die Privatisierung der Stadtwerke soll gleich mit durchgezogen werden (vergangenen Freitag wurde in einer nichtöffentlichen Sitzung des Werksausschusses die Entscheidung spruchreif gemacht).

## NEIN zur geplanten Privatisierung der Stadtwerke

In einem Flugblatt am 15.10.71 deckten wir die hinter unserem Rücken geplante Privatisierung der Stadtwerke auf. Wir schrieben damals:

### Wem kommt die Privatisierung zu Gute

Wenn auch die Stadt Freiburg die Mehrheit der Anteile an den Stadtwerken behält, so treten doch private Geldgeber als neue Anteilseigner hinzu, das ist der erklärte Zweck der Umgründung. Diese künftigen Stadtwerkskapitalisten geben ihr Geld nicht, um die Leistungen der Stadtwerke für die arbeitende Bevölkerung zu verbessern, sondern allein aus zwei Gründen:

- sie erhoffen sich eine günstige Verzinsung ihres Geldes

- Sie wollen Einfluß gewinnen auf die Planung der Stadtwerke.

Die Gewinne dieser Stadtwerkskapitalisten müssen aber zusätzlich zu allen Kosten "erwirtschaftet werden", ohne daß dies irgendjemand in der arbeitenden Bevölkerung zu Gute käme. Im Gegenteil: was auf der einen Seite in den Geldsack der Stadtwerkskapitalisten fließt, muß auf der anderen durch Mehrarbeit bei den Beschäftigten der Stadtwerke und höhere Preise für uns "erwirtschaftet" werden.

### ... schließlich sind Pöstchen zu vergeben

Vorstände, Aufsichtsräte und Verwaltungsräte für die 2 Aktiengesellschaften und die Dachgesellschaft ergeben zusammen runde 50 fette Pöstchen. Diese Pöstchen und die damit zusammenhängenden Ausgaben (vom Mercedes bis zum Teakholzschreibtisch) werden die Stadt zusätzlich jährlich mit mindestens einer Million belasten, und das bei einem Defizit von 3,6 Millionen. Dies erklärt auch besser als alles andere, wieso die "Stadtväter" (von Keidel bis DGB-Chef Jorzig) so einmütig hinter der

Privatisierung stehen, wieso sich die Interessen der Industrie, des lokalen Handels, der Verwaltungsspitzen und der "Stadtväter" so hervorragend decken. Soweit schrieben wir im Oktober 71.

## Verschärfte Ausbeutung der Stadtwerksbeschäftigten

Die Arbeiter und Angestellten der Stadtwerke sind über die geplante "Umgründung" beunruhigt. Zu Recht muß jeder befürchten, daß sein Arbeitsplatz aus sogenannten Rentabilitätsgründen wegrationalisiert wird, oder die Arbeitsbelastung sich weiter erhöht. Bei den Lehrlingen kommt dazu, daß eine Verschlechterung der Ausbildung befürchtet wird.

Dem Widerstand der Stadtwerksbeschäftigten soll auf ganz hinterhältige Weise dadurch die Spitze genommen werden, daß Personalvertretern ebenfalls Angebote für Aufsichtsratsposten usw. gemacht werden!

## Gebührenerhöhung!!

In der Haushaltsdebatte 1972 beklagte Keidel wortreich die Finanzmisere der Städte und Evers (MdB) stellt nur noch "Resignation" fest.

Bei der Durchsetzung der eigenen Interessen resigniert die Rathausclique allerdings nie, wie das Beispiel der Privatisierung der Stadtwerke zeigt. Wie die die Lösung der Finanzmisere anzugehen gedenkt, eröffnet uns Stadtkämmerer Dr. Bernauer. Zu allererst sollen die Gebühren für Volks- und Freibäder, die Kindergarten- und Elternbeiträge, die Friedhofsgebühren usw. usw. erhöht werden. Mit einem Wort nicht nur das Leben, sondern auch das Sterben soll teurer werden.

## Gegen verschärfte Angriffe der Kapitalisten ....

Die geplanten Maßnahmen der Stadt reißen sich ein in eine Fülle von Maßnahmen der Kapitalistenklasse und ihres Staates, die alle darauf abzielen eine Senkung von Löhnen und Gehältern durchzusetzen. Im Zentrum steht der direkte Angriff auf das Lohn- und Gehaltsniveau. Die Tarifabschlüsse bei Chemie, Metall und jetzt auch im öffentlichen Dienst zwischen 4 und 6% netto bedeuten angesichts der Steigerung der Lebenshaltungskosten 1971 von 7% eine Verschlechterung unserer Lebenssituation. Und jeden Tag lesen wir von neuen Preis-, Gebühren- und Steuererhöhungen (Post, Eisenbahn, Verbrauchssteuern usw.). Zudem wird durch die ständige Steigerung des Arbeitstempas, neue Arbeitsplatzbewertungsmethoden (wie jetzt bei Cumulus) und Rationalisierungen ein direkter Angriff auf die Arbeitskraft jedes einzelnen Arbeiters und Angestellten unternommen. Die Konsequenz: ständige Erhöhung der Arbeitsunfälle und ein Ansteigen der Frühinvalidität.

### ➔ FÜR GESELLSCHAFTLICHE AUFGABEN IM INTERESSE DER ARBEITENDEN BEVÖLKERUNG: IM KAPITALISMUS IMMER WENIGER PLATZ !

Tatsache ist, daß die Verschuldung der Städte und Gemeinden rapide ansteigt. Die Verschuldung der Stadt Freiburg ist von 120 Millionen im Jahre 1965 auf 260 Millionen im Jahre 1972 angestiegen. Auf jeden Einwohner der Stadt Freiburg kommen über 1200 DM Schulden!

Die Finanzmisere der Städte hat ihre Ursache darin, daß die Interessen der herrschenden Monopolkapitalisten eine Erfüllung der sogenannten kommunalen Aufgaben (Schulen, Krankenhäuser, Nahverkehr, Kindergärten usw.) nicht zulassen. In einer Gesellschaft, in der alles darum geht, daß die Kapitalisten Profit machen, in der sich immer mehr Reichtum in immer weniger Händen konzentriert, in der nicht die Befriedigung der Bedürfnisse der Men-

## .... und ihres Staates

In einer Situation der herannahenden Krise (sinkende Produktion, wachsende Arbeitslosigkeit) in fast allen imperialistischen Staaten (BRD, USA, England, Italien) muß der Staat als Werkzeug der herrschenden Kapitalistenklasse einerseits verstärkt dafür sorgen, daß alle nicht unmittelbar den Kapitalisten zukommenden Mittel gekürzt werden (ein großer Teil der Gelder, die für die arbeitende Bevölkerung nötig wären, wie Mittel für Gesundheitsfürsorge, Bildung und Umweltschutz würden gestrichen). Andererseits werden alle finanziellen Mittel im Interesse der Kapitalisten, für Investitionszuschüsse, Steuervergünstigungen und billige Kredite bereitgestellt. Gleichzeitig werden die Mittel zum Ausbau des staatlichen Gewaltapparates (Erhöhung des Wehretats, Ausbau des Bundesgrenzschutzes zur Bundespolizei, Militarisierung der Polizei) erhöht.

schen sondern die Sicherung des Profits der Kapitalisten Inhalt der Politik ist, ist für die Aufgaben der Städte immer weniger Platz, immer weniger Geld vorhanden.

Lebenswichtige Bedürfnisse, wie ausreichende Gesundheitsfürsorge, ausreichende Bildungsstätten für alle, ausreichender öffentlicher Nahverkehr stehen im Widerspruch zu den Profitinteressen der Kapitalisten. Sie müssen ständig gegen deren Interessen erkämpft werden und vor allem dann, wenn das Kapital wie derzeit in eine Krise gerät.

Erst wenn wir den Sozialismus erkämpft haben, wenn die Arbeiterklasse die politische Macht in Händen hat, kann der von allen arbeitenden Menschen geschaffene Reichtum zur Lösung aller gesellschaftlichen Aufgaben eingesetzt werden.

### VERROTTUNG des öffentlichen NAHVERKEHRS

Die großen Städte und Ballungszentren drohen im Verkehrschaos und an der Verpestung der Luft zu ersticken. Auch in Freiburg sind einige Straßenzüge bereits heute nicht mehr bewohnbar. Die Lärmbelastung und Abgaskonzentration in der Escholzstraße sind nachweislich höher als die von "Sachverständigen" fest gelegten Grenzen, die -wie die Sachverständigen schreiben- "Menschen aus unteren Schichten" zugemutet werden können. Aber statt den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs voranzutreiben, was die einzige Alternative wäre, werden Milliarden in den Ausbau des Straßennetzes verpulvert. Die Vertreter der Gemeinden und die bürgerliche Presse jammern theatralisch über "die Folgekosten unserer Industriegesellschaft". Aber niemand sagt in wessen Interesse, zu wessen Nutzen



Verkehrschaos und Luftverpestung - schon heute in vielen Städten der BRD

das geschieht, wer der Gegner ist. Die Interessen der Autoindustrie, der Mineralölindustrie erzeugen dieses Chaos, schaffen diese Anarchie, lassen das Vernünftige nicht zu, weil dem das nackte Profitinteresse entgegensteht.

So kommt es, daß viele von uns gezwungen sind einen Großteil des monatlichen Verdienstes in einen PKW zu stecken, weil der miserable Zustand des öffentlichen Nahverkehrs uns überhaupt keine andere Wahl läßt. Dies wird sich noch verschlimmern, wenn die Stadt die Fahrpläne weiter verdünnt, was Bürgermeister Kiefer ankündigte. Ständige Tarifierhöhungen und gleichzeitige Verdünnung der Fahrpläne dienen nur einem: der Auto- und Mineralölindustrie.

## **Das Defizit der Verkehrsbetriebe**

Die wachsenden Ausgaben für den Verkehr mit Privatwagen (Straßenbau, Parkhäuser usw.), die steigenden Kosten des öffentlichen Nahverkehrs führen dazu, daß sich die Finanzlage der städtischen Verkehrsbetriebe seit Anfang der 60er Jahre ununterbrochen verschlechtert, während gleichzeitig die Interessen der Monopole an einer Zentralisierung des Steueraufkommens beim Bund -denn vor allem dort kann es den Monopolinteressen dienbar gemacht werden- verhindern, daß die Gemeinden diese wachsenden Defizite decken konnten.

Deshalb steigen die Preise für die öffentlichen Verkehrsmittel seit Jahren überdurchschnittlich.

In einer Krise der kapitalistischen Wirtschaft wie 66/67, wo es viele Entlassungen und Kurzarbeit gab, verstärkt sich der Druck der Kapitalistenklasse über ihren Staat. Das ist auch der Grund für die jüngsten Preiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr in Bochum, Dortmund, Berlin, Hamburg, Heidelberg, Karlsruhe und in den letzten Tagen in Stuttgart und Frankfurt.

### **GEGEN LOHNDRÜCKEREI UND PREISTREIBEREI...**

Die Fahrpreiserhöhungen sind eine der vielen Preiserhöhungen der Kapitalisten und ihres Staates, die derzeit auf die arbeitende Bevölkerung zukommen. Sie treffen die arbeitende und die in der Ausbildung stehende Bevölkerung besonders hart: die vielen Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge, die morgens in überfüllten Straßenbahnen und Bussen zur Arbeit und abends wieder heim oder zum Bahnhof fahren. Die Schüler deren Mehrausgaben auf die Eltern zurückfallen, die vielen Hausfrauen, die auf die öffentlichen Verkehrsmittel

angewiesen sind und die Studenten, von denen ebenfalls viele mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren.

### **..DIE EINHEITLICHE FRONT DER ARBEITERKLASSE UND ALLER ÜBRIGEN WERKTÄTIGEN !**

Klar ist, daß im Zentrum des Kampfes um unser Lebensniveau der Kampf um Löhne und Gehälter steht. Denn wir sind vor allem dort stark, wo wir als Klasse vereint sind, im Betrieb. Die Kapitalisten und ihre Presse versuchen uns ständig den Lohnkampf als sinnlos auszureden, indem sie uns das Märchen von der Lohnpreis-Spirale auftischen, uns die Schuld zuschieben, daß die Preise steigen. Als Allheilmittel bieten sie zuweilen den Lohn-Preisstop an, wobei natürlich immer nur der Lohnstop funktioniert, während die Preise munter weiter steigen (wie der jüngste "Lohn-Preisstop" in den USA zeigt).

Wir müssen im Betrieb gegen Lohndrückerei und verschärfte Arbeitshetze kämpfen. Wir müssen aber auch gemeinsam mit allen anderen davon betroffenen Gruppen der Bevölkerung gegen derart unverschämte Preistreiberien kämpfen wie die geplante 20-30%ige Tarifierhöhung bei den öffentlichen Verkehrsbetrieben. Ebenso müssen wir uns zusammen mit den bei den Stadtwerken Beschäftigten gegen die geplante Privatisierung zur Wehr setzen.

Weil die geplanten Maßnahmen der Stadt nur ein Teil der vielfältigen Angriffe der Kapitalisten und ihres Staates sind, müssen wir sie auch dementsprechend bekämpfen.

Anstatt eine bürgerliche Initiative mit vielen roten Punkten zu machen, müssen wir jeden Angriff der Kapitalisten und ihres Staates mit einer Stärkung der Arbeiterklasse und der gesamten übrigen werktätigen Bevölkerung beantworten. Wir müssen am Arbeitsplatz Möglichkeiten des Widerstandes gegen derartige Maßnahmen besprechen. Wir müssen die betrieblichen Vertretungen auffordern, Abwehrmaßnahmen zu unterstützen und wir müssen uns in unseren Gewerkschaften dafür einsetzen, daß diese gegen derartige Preistreiberie unseren Widerstand setzen.

DGB-Chef Jorzig und Co, denen zum Teil fette Aufsichtsratsposten bei den Stadtwerken winken, werden versuchen gewerkschaftliche Abwehrmaßnahmen zu verhindern. Sie werden uns einreden wollen, daß die Tarifierhöhungen unumgänglich und die Privatisierung für die Allgemeinheit von Vorteil ist.

Setzen wir dem entgegen:

**GEGEN DIE ANGRIFFE DER KAPITALISTENKLASSE UND IHRES STAATES - DIE EINHEITLICHE KAMPFFRONT DER ARBEITERKLASSE  
WEHREN WIR UNS GEGEN LOHNDRÜCKEREI UND PREISTREIBEREI  
KEINE FAHRPREISERHÖHUNGEN -- GEGEN VERDÜNNUNG DER FAHRPLÄNE  
FÜR DEN AUSBAU DES ÖFFENTLICHEN NAHVERKEHRS IN DIE WONNVIERTEL DER ARBEITENDEN BEVÖLKERUNG  
NEIN ZUR PRIVATISIERUNG DER STADTWERKE**

# Warum halten wir nichts von einer "Rote Punkt-Aktion"

Am Freitag, den 14.1. hat sich auf Einladung des Sozialistischen Bundes (SB) die "Bürgerinitiative Roter Punkt" gegründet. In ihr gibt es nach Aussagen ihrer Väter Jusos, DKP, SB und ASTA der Universität keine politischen Positionen mehr, sondern nur noch den gemeinsamen Widerwillen der Bürger gegen die geplante Fahrpreiserhöhung. Die Bürger wollen eine Reihe von Maßnahmen vorbereiten: Flugblätter, Presseerklärungen, Versammlungen mit OB, Stadtverwaltung und Landtagsabgeordneten, "Go-In" in den Stadtrat, Unterschriftensammlung, Demonstration, Fahren zum Nulltarif, Aktion Fahrkartenumtausch, Blockierung der Straßenbahn und Aktion Roter Punkt....

In ihren Versammlungen weigern sie sich hartnäckig, mit Argumenten wie "Wie wollen keine pessimistischen Diskussionen anzetteln", jede Diskussion über die Misserfolge aller Rote Punkt-Aktionen in den letzten 2 Jahren zu führen. Sie weigern sich beharrlich zu diskutieren, warum die "Roten Punkte" schließlich nichts als Resignation und Hilflosigkeit hinterlassen.

## STATT ORGANISIERUNG DES ABWEHRKAMPFES - HILFLOSE APPELLE

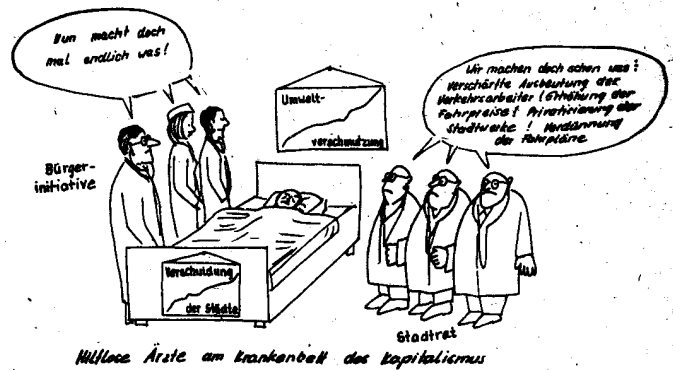
Wie in den anderen Städten (Hamburg, in vielen Städten des Ruhrgebiets und zuletzt in Stuttgart) will auch die Freiburger Bürgerinitiative jede Darstellung der wirklichen Hintergründe für die geplanten Maßnahmen der Stadtverwaltung herauslassen. Sie wollen ihre Empörung darüber zum Ausdruck bringen, daß nun der Staat bzw. die Stadt sich verhält wie die Kapitalisten auch, und sie zur Zurücknahme ihrer "unsozialen" Maßnahme zwingen. Das Ganze soll auf eine Auseinandersetzung zwischen den Bürgern und "ihrer" Stadtverwaltung beschränkt werden. Die Kapitalistenklasse und ihre Interessen sollen schön brav draußen bleiben, um die Bürger nicht zu verschrecken.

Wer wie die DKP und die Jusos die Vorstellung verbreitet, dieser Staat oder diese Stadtverwaltung könne von den Profitinteressen unabhängig gemacht und in den Dienst ihrer Bürger gestellt werden, der verhindert jeden wirksamen Kampf für die Lebensinteressen der Arbeiterklasse und der gesamten werktätigen Bevölkerung.

Die Beispiele der Fahrpreiserhöhung, der Privatisierung der Stadtwerke, des schrittweisen Abbaus des öffentlichen Nahverkehrs zeigen besonders deutlich, in wessen Interesse der Staat und die Rathausparteien Politik machen. Dem setzen DKP

und Jusos nur hilflose Appelle und gute Ratschläge entgegen:

"Ihr Herren Stadträte, wendet Euch um mehr Geld nicht an uns Bürger sondern an Eure Gesinnungsfreunde in Stuttgart und Bonn. Spielt nicht länger den unschuldigen, unwissenden Thomas." (DKP - Flugblatt vom 27.12.71)



## DER "ROTE PUNKT" FÜHRT IN DIE SACKGASSE

Daran ändern auch scheinbar radikale Aktionen nichts. Wenn wir uns als Konsumenten, als Bürger organisieren, Appelle an den Staat richten, werden wir niemals in der Lage sein, den Angriffen der Kapitalisten und ihres Staates wirksamen Widerstand entgegenzusetzen. Wer wie die "Bürgerinitiative Roter Punkt" in ihrem ersten Flugblatt so tut, als ob im Kapitalismus ein "gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr" möglich wäre, verschleiert die Tatsache, daß dieser Staat Instrument der Kapitalistenklasse und ihren Profitinteressen unterworfen ist. Die geplante Fahrpreiserhöhung ist eine der vielen Maßnahmen, mit denen das Monopolkapital und sein Staat die herannahende Krise auf die arbeitende Bevölkerung abwälzen will. Sie reiht sich ein in die Kette der Preiserhöhungen, Mieterhöhungen, Steuererhöhungen, Gebührenerhöhungen bei der Post und Tarifierhöhungen bei der Bahn etc.etc..

Unsre Antwort darauf kann nur heißen:

Wie müssen den Kampf von dort aus führen, wo wir am stärksten sind. Von unseren Arbeitsplätzen, von den Betrieben aus, wo wir nicht als x-beliebige Käufer, sondern als Verkäufer unserer Arbeitskraft und als Produzenten des gesamten gesellschaftlichen Reichtums im solidarischen Kampf die Kapitalistenklasse und ihren Staat am schärfsten treffen können. Von dieser Position aus müssen wir den Widerstand gegen Fahrpreiserhöhungen, Umgründung, Fahrplanverdünnung, Preistreiberei und Lohnraub als Teil des Abwehrkampfes gegen die umfassenden Angriffe der Kapitalisten und ihres Staates organisieren.

**Bund Kommunistischer Arbeiter**

zu erreichen über: Tel. 39720 oder D. Friedrich, 78 Freiburg, Postlager A D16000